

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

BERLINER EXTRA DIENST

Verlag und Redaktion: 1000 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20 · Telefon: 86 21 89 · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Diese Publikation erscheint im Verlag der EXTRA-Dienst GmbH Westberlin · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00; Ausland monatlich DM 6,00; Luftpostbelieferung Ausland monatlich DM 6,00 zuzüglich geltender Luftpostzuschlag · Bankverbindungen: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin Konto 4712 und Postscheckkonto Berlin-West Konto 85 21 · Redaktionen setzen sich wegen Nachdrucken oder sonstiger Auswertung mit dem Verlag in Verbindung.

6. November 1968 – 89/11
Einzelpreis DM 0.75

IN DIESER AUSGABE:

MAHLERS PLÄDOYER VOR DEM EHRENGERICHT (SEITE 2) - AM 9. NOVEMBER SOLL ROT GEFLAGGT WERDEN (SEITE 2) - FÜR EINE NEUE WESTBERLINER POLITIK - REFERATE VOR DEM BÜRGERKOMITEE (SEITE 7)



AN EINER WICHTIGEN MARKIERUNG

SDS-Genosse Christian Semler erklärte am letzten Freitag vor 1000 Versammelten in der TU den "individuellen Terrorismus" zum legitimen Bestandteil einer neuen Strategie und Taktik der Außerparlamentarischen Opposition. Daß er weiterhin meinte, die Rolle der "Neurotiker" (so Semler) in der APO müsse selbstkritisch durchdacht und besser als bisher gewürdigt werden, kann dabei zunächst vernachlässigt werden. Uns stellt sich insbesondere nach den Ereignissen am Tegeler Weg die Frage: Wir halten wir es mit dem individuellen Terror - eine Problematik, die zumindest die marxistisch Orientierten unter uns nicht mehr erwartet hatten. Vermutlich werden wir unsere eigenen Erfahrungen nachvollziehen müssen, wir werden auch die theoretische Auseinandersetzung hierüber neu zu führen haben. Es liegt auf der Hand, daß die Antworten weder so leicht zu geben sind, wie es unsere Neo-Narodnikis tun, noch kann das Problem mit dem Hinweis auf Lenins Vorarbeit vom Tisch gewischt werden. Politisch aber ist relevant, daß die Einheit von einigen tausend Linken in dieser Stadt nicht gewahrt bleiben wird, bis die Genossen um Christian Semler ihre jüngsten Erfahrungen vollständig gemacht haben. Auch dieser Informationsdienst, der nicht politisches oder gar theoretisches Leitorgan der APO sein kann und sein will, wird mit einem Diskussionsbeitrag nicht so lange mehr zögern können. Die Redaktion will sich diesen Beitrag aber nicht leicht machen: Sie wünscht sich daher zunächst einmal vom Genossen Semler, daß er - wo auch immer - eine theoretische, nachlesbare Begründung seiner Terrorismus-These zu Papier bringt. Unter diesem Aspekt - und weil der seriöse Teil der Presse weitgehend zutreffend berichtet hat - verzichten wir auf eine eigene Darstellung der letzten Ereignisse. Uns erschien die Fotodokumentation von Michael Ruetz (Seite 1) ausreichend.

EXTRA-VORSCHLAG

AM 9. NOVEMBER: ES WIRD ROT GEFLAGGT

Am 50. Jahrestag der ersten deutschen Revolution, am kommenden Sonnabend, 9. November, sollte in Westberlin und in der Bundesrepublik Deutschland von all jenen rot geflaggt werden, die sich zu dieser Revolution bekennen. Sie ist mißglückt, gewiß. Aber das sollte die Sozialisten in Westberlin und Westdeutschland nicht daran hindern, des ersten Versuchs zu gedenken, sozialistische Demokratie zu praktizieren. Wir müssen bekennen, auch wenn wir als einziger in unserer Strasse die rote Gesinnung dokumentieren. Rote Fahnen können nicht nur in der Anonymität massenhafter Aufzüge gezeigt werden. Deshalb sollte am 50. Jahrestag der Novemberrevolution rot geflaggt werden.

EXTRA-DOKUMENTATION

MAHLER-PROZESS: DIE "VERTEIDIGUNGSREDE" DES APO-ANWALTS

Das Ehrengericht der Berliner Anwaltskammer stellte gestern in einem Urteil fest, daß die Ermittlungen gegen Rechtsanwalt Horst Mahler wegen dessen Teilnahme an der Springer-Demonstration nach dem Dutschke-Attentat "mit hoher Wahrscheinlichkeit" nicht zum Ausschluß aus der Anwaltschaft führen werden. Der gestrige Prozeß war aber erst der eigentliche Auftakt zum "ehrengerichtlichen Verfahren" gegen Mahler. Es ging dabei lediglich darum, ob ein Berufsverbot als Vorab-Maßnahme vor Abschluß der Ermittlungen möglich wäre. Mahler erklärte in der Verhandlung, daß er von den Vorbereitungen zur Demonstration am Landgericht lediglich aus der Presse erfahren habe und stellte auf entsprechende Fragen fest, daß er gegen jede Gewaltaktion gegen Personen sei: "Ich billige weder Steinwürfe noch Brandstiftungen". EXTRA-Dienst dokumentiert nachstehend den Wortlaut der einleitenden Erklärung von Horst Mahler:

"Wer ist würdig, den Beruf eines Rechtsanwalts auszuüben?"

Der ist würdig, der in der NSDAP als Funktionär tätig war, zu einer Zeit, als diese Partei tausende von Kollegen zwang, die Robe mit dem Davidsstern zu vertauschen.

Der ist würdig, der in den Schauprozessen vor dem Volksgerichtshof gegen die Männer des 20. Juli als Rechtsanwalt und Verteidiger für seinen Mandanten die Todesstrafe beantragte.

Der ist würdig, dem die Staatsanwaltschaft wegen der Mitwirkung an rechtswidrigen Todesurteilen der Sondergerichte nahegelegt hat, sein Richteramt zu quittieren.

Der ist würdig, der als hoher SS-Offizier erfolgreich die Juden im Warschauer Ghetto liquidiert hat.

Der ist würdig, der öffentlich verhetzte Bürger dafür belobigt, daß sie auf offener Strasse friedliche Demonstranten, die gegen den Völkermord in Vietnam protestierten, überfallen und mißhandelt haben.

Der ist würdig, der als Vorsitzender einer sich "demokratisch" nennenden Partei auf einer öffentlichen Kundgebung die verhetzten Massen zur Lynchjustiz an einer politischen Minderheit aufruft.

Was ist die Würde, die man zur Schau tragen muß, um Rechtsanwalt sein zu können?

Diese Würde ist das Pathos der Herrschenden und derjenigen, die sich mit ihnen identifizieren; das Pathos, mit dem die Brutalität und der Zynismus der Unterdrückung so erfolgreich verschleiert wird.

Warum darf sich ein Rechtsanwalt in der Öffentlichkeit nicht so benehmen wie ein Maurer oder wie ein Student? Warum darf er nicht reden wie ein Gewerkschaftsfunktionär oder ein Parteigagator? Weil er sich der Achtung und des Vertrauens würdig erweisen muß, das ihm die Bürger entgegenbringen? Bringen wir dem Maurer, dem Studenten, dem Bauern, dem Gewerkschaftsfunktionär keine Achtung und kein Vertrauen entgegen? Sind wir schon unter die Räuber gefallen und in schlechte Gesellschaft geraten, wenn wir die Gemeinschaft von Arbeitern und Studenten suchen, wenn wir uns mit ihren Interessen identifizieren? Ist dieses Ansehen und dieses Vertrauen, das uns erhebt über die anderen Schichten des werktätigen Volkes, nicht dessen Illusion und zuweilen verzweifelte Hoffnung, daß wir durch unsere Kumpanei mit den Herrschenden - durch "Fürsprache" bei den Mächtigen eine oder andere Vergünstigung für unsere Klienten erreichen können? Was meint denn Prof. Werner Hofmann, wenn er sagt: Das Recht ist seiner historischen Natur nach domestizierte soziale Gewalt? Warum legen wir mit dem Standessymbol der Robe zwischen uns und dem Bürger, der im Straßenanzug vor Gericht erscheinen muß, eine soziale Distanz?

Wir tun es, weil unser Ansehen und unser Einfluß in der permanenten Identifizierung mit den Interessen der Herrschenden und ihrer Ordnung - Sie nennen es Rechtsordnung - beschlossen liegt. Unser ständiger Umgang mit den Herrschenden und ihren Dienern - so servil er im einzelnen auch sein mag - verleitet uns zu dem Dünkel, daß wir ihnen gleich seien.

Dieses Ansehen, diese Würde verletzt derjenige, der die Loyalität gegenüber den Herrschenden eintauscht gegen die Solidarität mit den Unterdrückten; der sich nicht mit der Ordnung identifiziert, die die Herrschaft der Wenigen über die Vielen reproduziert.

Danach ist unwürdig der, der gegen die Unfreiheit kämpft, die heute im Bewußtsein der Menschen produziert wird - weil es der Kampf der Unterdrückten gegen ihre Unterdrücker ist. Da man sich, um würdig zu sein, mit seinen Unterdrückern identifizieren muß; mir aber diese Identifizierung nicht gelingen will, - was kann ich, was soll ich zu meiner Verteidigung vorbringen?"

APO WESTBERLIN: KAUM ENDGÜLTIGE STELLUNGNAHMEN

Zur Straßenschlacht am Tegeler Weg am letzten Montag liegen noch kaum abschließende Stellungnahmen der beteiligten und nichtbeteiligten Verbände und Organisationen vor. Der EXTRA-Dienst-Redaktion sind bislang nur drei Erklärungen bekannt geworden. Sie stammen von der Hochschulgruppe der SPD in Westberlin, von der Linksliberalen Hochschulgruppe (Runge) und vom SHB. Wir veröffentlichen die SHB-Stellungnahme im Wortlaut.

"Eine Justiz, die einzelne als 'Rädelsführer' exemplarisch bestraft, um kritisch eingestellte Gruppen zu unterdrücken, muß den solidarischen Widerstand der Betroffenen erfahren. Deshalb war es notwendig, daß die APO dem drohenden Versuch, Rechtsanwalt Mahler aus eindeutig politischen Motiven durch Berufsverbot auszuschalten, mit einer

Demonstration begegnet ist. Im Gegensatz zu allen bisherigen Aktionen der APO ist bei der Demonstration am Montagmorgen Gewalt gegen Personen angewandt worden. Der SHB hält diese Form der Gewaltanwendung für kein adäquates Mittel gegen den permanenten Druck der Klassenjustiz. Der SHB hält vielmehr an der Gewaltdefinition nach den Osterunruhen (Gewalt gegen Sachen ja, gegen Personen nein) fest, die aufgrund einer intensiven Willensbildung innerhalb der APO erarbeitet worden ist. Bei der Demonstration vor dem Landgericht wurde mit diesem Prinzip ohne vorherige breitere Diskussion gebrochen. Der SHB ist nicht bereit, diese Taktik fortzusetzen und Todesopfer einzukalkulieren. Diese Taktik verhindert die Durchsetzung sozialistischer Ziele."

MOLOTOW-COCKTAIL: ANSCHLAG AUF ASTA DER FU

Am Montagvormittag kurz vor 10 Uhr und am Abend zwischen 21 und 22 Uhr wurden zwei Anschläge auf den AStA der FU verübt. Wahrscheinlich wurden Molotow-Cocktails in die AStA-Garage und auf die Terrasse geworfen. Rund 15 Fensterscheiben wurden mit Steinwürfen zertrümmert. In der Garage verbrannten ein Motorrad und ein Auto. Akten und Einrichtungsgegenstände wurden beschädigt.

WAHLBÜNDNIS: PARTEIGRÜNDUNG IM DEZEMBER

Im Dezember, wahrscheinlich im Ruhrgebiet, soll eine "Wahlpartei" für die Beteiligung außerparlamentarischer Oppositionsgruppen an der Bundestagswahl 1969 gegründet werden. Das beschloß ein Vorbereitungskongreß, der am vergangenen Sonnabend in der Dortmunder Westfalenhalle stattfand und von über 2000 Menschen besucht war. Beteiligen werden sich an der "Wahlpartei", die den einzelnen Organisationen ihre Selbständigkeit belassen soll, folgende Organisationen: DFU, DKP, Deutsche Volkspartei, VUS, SDAJ, IdK, verschiedene Republikanische Clubs, Arbeiterausschüsse und einzelne Gruppen studentischer Verbände. Unterstützt wird das Wahlbündnis von einzelnen Ortsausschüssen der Gewerkschaften, vor allem in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Der vorgesehene Name der Partei: "Aktionsbündnis für den demokratischen Fortschritt" (ADF). Nicht beteiligen werden sich an dem Bündnis die Unabhängige Arbeiterpartei, die Freisoziale Union und die AUD. Sammelparteien wie die Demokratische Linke in Baden-Württemberg werden dagegen in der Wahlpartei aufgehen. - Die meisten Anhänger der "antiautoritären" APO-Gruppen, zahlreiche Studentenverbände und einige Republikanische Clubs lehnen das Wahlbündnis aus grundsätzlichen Erwägungen ab, da sie entweder gegen eine "verwaschene Einheitslösung" sind oder das Parlament auch als Tribüne des Klassenkampfes für überholt halten.

REPUBLIKANISCHER CLUB

FREITAG, 8. November, 20 Uhr: Clubdiskussion mit Willy Huhn "Zur Kritik einiger Lehenden über die deutsche Novemberrevolution 1918".

MIT RÜCKSICHT auf die Donnerstag-Veranstaltung in der FU wird die Informationsveranstaltung im RC über den EXTRA-Dienst auf einen späteren Zeitpunkt verlegt.

TERMINE

DONNERSTAG, 7. November, 20 Uhr (ursprünglich für Mittwoch geplant): Informations- und Diskussionsveranstaltung über die letzte Phase des Vietnam-Krieges und Vorbereitung einer Vietnam-Demonstration, Auditorium maximum der FU.

FREITAG, 8. November, 20 Uhr: "Unrecht im Rechtsstaat - Gegenwart in Gefängnissen", eine Veranstaltung des Ermittlungsausschusses der TU, Auditorium maximum der TU.

FREITAG, 8. November, 22.45 Uhr: Beginn einer Retrospektive Roberto Rossellini mit "Rom, offene Stadt" im Bellevue am Hansaplatz. - Sonnabend werden in der Akademie der Künste gezeigt "Das weiße Schiff" (17 Uhr) und "Paisa" (20 Uhr); Sonntag in der Landesbildstelle "L'Amore" (17 Uhr), "Deutschland im Jahre Null" (20 Uhr) und "Stromboli" (22 Uhr); Montag, ebenfalls in der Landesbildstelle, "Europa 51" (18 Uhr) und "Reise nach Italien" (21 Uhr).

SONNABEND, 9. November, 15 Uhr: Vietnam-Demonstration von Verbänden und Organisationen der APO, Lehniner Platz (geplant).

FALL RABEHL: SIEG ÜBER DEN REKTOR

Der FU-Rektor Harndt hat seinen Entschluß, das SDS-Mitglied Rabehl für die Stelle eines Hilfsassistenten abzulehnen, unter dem Druck des massiven Protestes der Assistenten- und Dozentschaft revidieren müssen. Der, nicht zuletzt durch die EXTRA-Dienst-Veröffentlichungen, angeschlagene, politisch vielseitige Professor hatte sich am Montag einen Tag Bedenkzeit ausgebeten und zog die Einstellungsverweigerung am Dienstagmorgen zurück. Der AStA der FU nahm den Fall Rabehl zum Anlaß, grundlegende Strukturänderungen an den Instituten und an der Gesamtuniversität zu fordern. Es sollten 1. Assistenten und Tutoren nicht mehr von Rektor und Ordinarien, sondern von einem paritätisch zusammengesetzten Gremium berufen werden. Alle Stellen müßten öffentlich ausgeschrieben werden, das Gremium müsse öffentlich tagen. 2. sollten studentische Projektgruppen institutionalisiert und ihre Arbeit aus Universitätsmitteln finanziert werden. Schließlich verlangt der AStA 3., daß die schwarzen Listen und politischen Spitzelberichte, die im Rektorat liegen und auf denen beispielsweise die Ablehnung Rabehls beruhte, veröffentlicht werden.

SPD-LANDESMINISTER: APO SOLL GESETZE MIT-MACHEN

Der Karlsruher Bundesverfassungsrichter Dr. Wolfgang Zeidler griff während einer Tagung der Evangelischen Akademie in Mülheim/Ruhr die Außerparlamentarische Opposition heftig an, weil sie "eine bevorzugte Sonderstellung im politischen Leben der Bundesrepublik" einnehmen wolle. Zeidler räumte allerdings ein, daß die APO notwendig sei und bezeichnete es als verfassungswidrig, sie zu kriminalisieren und als "störendes Element" zu bezeichnen. Gehorsam und Ruhe seien nicht die höchste Maxime. Es habe sich in der Vergangenheit gezeigt, daß "totale Stagnation totale Resignation" bewirke. Der Verfassungsrichter forderte die Politiker des Establishments auf, die APO nicht allein "auf die Straße zu verweisen, sondern ihr andere Plattformen freizugeben". Der neue NRW-Bundesratsminister Dr. Posser - ehemaliger Sozius in der Rechtsanwaltspraxis Dr. Heinemanns - setzte sich für mehr "Anhörungsverfahren" ein, um damit die Außerparlamentarische Opposition, soweit sie sich an der Parlamentsarbeit nicht beteiligen sollte, aktiv an der Gesetzgebung mitwirken zu lassen.

BERLINER STIMME: GERULL-ANZEIGE ABGELEHNT

Als "Provokation und menschliche Unanständigkeit" bezeichnete der Verlagsleiter des SPD-Organs "Berliner Stimme", Fritz Piefke, den Wunsch von Jürgen Gerull (zuerst ausgeschlossener, jetzt wieder aufgenommenener SPD-Genosse aus Charlottenburg), eine bezahlte Anzeige in das Parteiblatt einrücken zu lassen. Text der abgelehnten Anzeige: "Allen Genossen möchte ich auf diesem Wege für ihre zahlreichen Briefe, Telegramme und Sympathieerklärungen in Zusammenhang mit meinem Parteiordnungsverfahren sehr herzlich danken".

FALKEN WESTBERLIN: EINE GRUPPE WILL SICH ABSPALTEN

Nach einer der Öffentlichkeit nicht zugänglichen Landeskonferenz der Westberliner Falken am vergangenen Wochenende zeichnet sich die Abspaltung einer Gruppe, die ihre Stärke mit etwa 60 Mann bezeichnet, aus der Landesorganisation und damit aus der "Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken" ab. Die Gruppe, die ihre Stützen in Neukölln und in Wedding hat und zu deren Sympathisanten auch Peter Brandt gehört, trägt sich mit dem Gedanken, im nächsten Jahr eine "Revolutionäre Sozialistische Jugend" zu gründen. Vordergründiger Anlaß der Abspaltung ist die Strukturdebatte innerhalb der Falken - man möchte zu einem mehr rätedemokratisch organisierten Verband hin, was kaum mehr umstritten ist; die abwandernde Gruppe ist jedoch der Auffassung, daß sie nicht allein ihre weitergehenden Strukturpläne, sondern auch ihr politisches Konzept innerhalb der Falken nicht durchsetzen kann.

=====

IN DEN NÄCHSTEN AUSGABEN: AUSFÜHRLICHE BERICHTERSTATTUNG UND ANALYSE DER DORTMUNDER TAGUNG FÜR EIN WAHLBÜNDNIS - DISKUSSION ÜBER DIE ARBEIT IN DEN WESTBERLINER BASISGRUPPEN DER APO - FORTSETZUNG DER DISKUSSION ÜBER DEN STELLENWERT EINES REPUBLIKANISCHEN CLUBS.

GRIECHISCHE KONZENTRATIONSLAGER: "ENTLASSENE" LEICHEN

Auf den Listen entlassener politischer Häftlinge aus griechischen Konzentrationslagern, die von der westlichen Presse oft als Indiz für die "Liberalisierung" der Militärdiktatur gewertet werden, befinden sich auch die Namen von verstorbenen KZ-Insassen. So wurde vor kurzem auf diese Weise bekannt gegeben, daß Eleftheria Lalamboki entlassen worden sei: In Wirklichkeit war sie einige Tage zuvor auf Jaros gestorben, nachdem man ihren Antrag auf Überführung in ein Hospital abgelehnt hatte. Ein anderer "entlassener" Toter der letzten Wochen war der Gewerkschafter E. Varounis, wie die griechische Untergrund-Oppositionsgruppe "Demokratia" mitteilte.

NATO: GRIECHENLAND SOLL ATOM-STÜTZPUNKT WERDEN

Die amerikanische Regierung erwägt, im kommenden Jahr ihre Basen für Atombomber und atomgetriebene Unterseeboote von Spanien nach Griechenland zu verlegen, falls die Verhandlungen der US-Regierung mit Spanien über eine Verlängerung der Stützpunktverträge nicht zu einem erfolgreichen Ende geführt werden. Diese Entscheidung lege, so der ehemalige griechische Minister Andreas Papandreou in Stockholm, die strategischen Gründe für die Unterstützung des Militärputsches in Griechenland durch die USA offen dar. Eine Akzeptierung der Verlegungspläne durch die übrigen NATO-Staaten würde nach Papandreou "sie verantwortlich machen für die zynische Versklavung und die Vernichtung der Freiheit des griechischen Volkes".

DESERTATION: MIT HUBSCHRAUBERN UND JEEPS

Trotz scharfer Strafandrohungen - zuletzt etwa durch Anordnung der alliierten Kommandantur in Westberlin - setzt sich die Desertationsbewegung amerikanischer Soldaten aus der Bundesrepublik verstärkt fort. Eine SDS-Gruppe aus Frankfurt teilt mit, daß in Büdingen (Hessen) ein amerikanischer Soldat vor einigen Wochen versuchte, mit einem Hubschrauber zu desertieren; offenbar konnte er ihn nicht handhaben, der Hubschrauber verunglückte und der Soldat desertierte zu Fuß. Andere Soldaten, deren Namen nicht bekanntgegeben wurden, seien mit Armeefahrzeugen, vor allem Jeeps, geflüchtet. Die Fluchtländer sind derzeit Schweden, Frankreich und Kanada. In den meisten Fällen geschehe die Desertation, so die Frankfurter Gruppe, mehr oder minder "legal": Die GIs überschreiten die Grenzen mit ihren Papieren zu einer Art Urlaub - und kehren nicht mehr zurück.

NEGER-AUFSTAND IN VIETNAM-GEFÄNGNIS: SECHS FARBIGE ANGEKLAGT

Sechs Neger-Soldaten, denen vorgeworfen wird, Initiatoren des Aufstandes im US-Army-Gefängnis Long Binh Jail (kurz: LBJ) vom 30. August dieses Jahres gewesen zu sein, werden demnächst unter Mordanklage vor ein Kriegsgericht gestellt. EXTRA-Dienst hatte mehrfach über diesen Aufstand berichtet, bei dem 60 Gefangene und fünf Wächter verletzt worden waren und dessen Ursache in Rassendiskriminierungen lag. Ein Armeesprecher in Saigon (das LBJ liegt 15 Meilen entfernt) erklärte, daß die sechs angeklagten Soldaten einen Weißen mit einem Spaten erschlagen hätten. Nähere Einzelheiten, beispielsweise Namen, Rang und Position des Opfers oder mögliche Motive für die Tat wurden nicht mitgeteilt.

GRIECHENLAND: VIETNAM-BRIGADE UND EIN DEMENTI

Die zuerst von zyprischen Zeitungen und inzwischen auch von EXTRA-Dienst veröffentlichte Information über die Aufstellung einer griechischen Brigade für den eventuellen Einsatz in Vietnam hat nach rund acht Tagen das erste griechische Dementi ausgelöst. Die Dementis sind allerdings nicht sehr aufschlußreich: Ein Athener Regierungssprecher erklärte, bislang sei keine Entscheidung über eine aktive Teilnahme griechischer Soldaten am Krieg in Vietnam getroffen worden - dementiert wurde jedoch nicht die Vorbereitung dieser Entscheidung. Die amerikanische Regierung hat zu der Angelegenheit bisher überhaupt keine Stellung bezogen. Umso heftiger war die Reaktion der regierungsoffiziellen griechischen Presse, die in ein unflätiges Wutgeheul über die Veröffentlichungen ausbrach. Die Abendzeitung "Hertia" bezeichnete jene, die die Information verbreitet hatten, als "Säue", die Nachricht selbst als "rote Lüge".

HANNOVER: POLIZISTEN SCHÜTZEN FASCHISTEN / VON ST. KRULL

Der Schriftsetzer Stephan Krull, Vorstandsmitglied des Kreisjugendausschusses der Gewerkschaftsjugend in Hannover, IG Druck und Papier-Mitglied und in der SDAJ organisiert, berichtet über seine Erlebnisse mit der hannoverschen Polizei aus Anlaß des Griechischen Nationalfeiertages am 27. Oktober: An diesem Tag jährte sich zum 28. Mal der Widerstandsakt des griechischen Volkes gegen den Faschismus - sicherlich ein Anlaß für das Athener Militärregime, zu feiern. Die Einladung zu einer Feier erfolgte durch das griechische Konsulat "an alle Griechen in Hannover". Hier der Krull-Report:

"Ich habe einige griechische Freunde in Hannover, die mich gebeten hatten, zu diesem 'Feiertag' mitzukommen. Das Konsulat schenkte Freibier aus und organisierte Tanz, offensichtlich, um die griechischen Landsleute zu bestechen. Wir hatten uns mit etwa 30 griechischen Freunden im städtischen Freizeitheim Linden getroffen und sind dann gemeinsam zum katholischen Vereinshaus in der Konkordiastraße gegangen, wo die Veranstaltung stattfinden sollte. Am Eingang der Konkordiastraße stand ein Streifenwagen der Polizei; der Fahrer griff, als er uns kommen sah, sofort zu seinem Telefon. Vor dem Hofeingang zu den Festsälen angekommen, sahen wir etwa 6 - 7 Polizisten, die uns den weiteren Weg versperrten. Auf an sie gerichtete Fragen, was das zu bedeuten habe, gaben sie keine Antwort. Hinter der Polizei standen einige Griechen, die den Polizisten jeweils sagten, wen sie durchlassen sollten und wer draußen bleiben sollte. Deutsche Polizisten untersagten also konsequenten griechischen Demokraten und Freiheitskämpfern, mit ihren eigenen Landsleuten über die Verhältnisse in ihrem eigenen Land zu diskutieren.

Da weder die Polizisten, noch die dahinter stehenden Griechen meinen Freund und mich kannten, konnten wir die Sperre passieren. Vor dem Saal angekommen, trat uns ein seriös aussehender Herr entgegen. Er stellte sich vor als Herr Hesse vom Präsidium. Wir bedankten uns freundlich für den Gruß und wollten weiter gehen. Da wurde er aggressiv und fragte uns in unwirschem Ton, wer Herr Krull sei. Wir sagten ihm, daß wir ihm keine Antwort zu geben brauchten. Er pfiiff dann einen abseits stehenden Mann heran, einen Spitzel von der Nachrichtenpolizei, und ließ sich von diesem bestätigen, daß ich Krull sei. Herr Hesse (wir erfuhren erst später, daß er vom Polizeipräsidium war) herrschte uns dann an, wir sollten schleunigst hier verschwinden, wir wären hier unerwünschte Personen. Als wir Aufklärung darüber verlangten, was hier gespielt würde, rempelte er uns an und trat dabei meinem Freund auf die Füße. Er entschuldigte sich dann jedoch mit den Worten, er sei schon 56 Jahre und müsse manchmal etwas wackeln. Wir baten um seinen Dienstausweis. Daraufhin drohte er uns, wenn wir nicht sofort verschwinden, würde er uns verhaften lassen.

Bei soviel Drohung traten wir den Rückzug an und zogen uns vor das Hoftor zurück. Vor dem Hof hatten sich inzwischen 40 Griechen angesammelt, die nicht in den Saal eingelassen werden sollten. Die 6 - 7 Polizisten fühlten sich offensichtlich zu schwach, denn es kam noch ein Mannschaftswagen mit kasernierter Bereitschaftspolizei dazu, so daß schließlich 40 Polizisten die griechischen Faschisten auf deutschem Boden nicht nur frei agitieren ließen, sondern auch noch vor 'aufsässigen Störern', wie Herr Hesse sich ausdrückte, schützten."

EXTRA-DOKUMENTATION

WESTBERLINER BÜRGERKOMITEE: PLÄDOYERS FÜR EINE NEUE POLITIK

Während das offizielle Westberlin teils mit großen Worten, teils mit ängstlichem Unbehagen Vergeltungsmaßnahmen der DDR für die Woche der "verstärkten Bundespräsenz" erwartete, veranstaltete das Westberliner Bürgerkomitee am vergangenen Sonnabend im Charlottenburger Rathaus sein zweites Plenum. Das "Bürgerkomitee" konstituierte sich unmittelbar nach den blutigen Ostern 1968 und bot seine "guten Dienste" zur Vermittlung zwischen Außerparlamentarischer Opposition und Staatsmacht an, versuchte aber andererseits, eine realistische Westberlin-Politik zu artikulieren. Rund 100 Zuhörer hörten fünf Referate, in denen der gegenwärtige Denkprozeß des Bürgerkomitees umrissen wurde. Die Diskussion fand anschließend, als Novum, nicht im Saale statt, sondern in kleinen Gruppen in den Wandelgängen. - Die bemerkenswerteste Rede hielt der ehemalige

Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz, der in seinem Referat die Niederlegung seines Amtes in der SPD-Schiedskommission ankündigte und sich energisch gegen Strangulierungsmaßnahmen wider die innerparteiliche Opposition wandte; EXTRA-Dienst dokumentiert die Albertz-Rede im Wortlaut; wesentliche Auszüge veröffentlichen wir aus den Referatendes Leiters des Evangelischen Publizistischen Zentrums, Sepp Schelz; des SPD-Stadtrats Harry Ristock; des Bundesvorsitzenden der Deutschen Jungdemokraten, Wolfgang Lüder, und des Leiters der Evangelischen Akademie in Westberlin, Ernst Müller-Gangloff. - Die Westberliner Zeitungen widmeten der Veranstaltung im Durchschnitt 35 Zeilen.

SEPP SCHELZ: "Das Berliner Bürgerkomitee sieht eine seiner wichtigsten Aufgaben darin, der öffentlichen Verlogenheit entgegenzutreten, die bei uns so häufig mit Politik verwechselt wird. Wir wissen, daß es nicht genügt, politische Idealzustände am Schreibtisch zu konstruieren. Aber es wird in diesem Lande ein wenig zu viel davon geredet, daß Freiheit auch ihren Mißbrauch einschließe. Das ist eben auch nur ein Teil der Wahrheit, und nicht der wichtigste. Zunächst muß einmal klar sein, daß Freiheit ihren rechten Gebrauch voraussetzt, und daß der mündige Bürger, von dem so viel die Rede ist, auch dort sein Recht zur Kontrolle und zur Mitsprache geltend zu machen hat, wo dies nicht gleich in manipulierenden Institutionen eingegrenzt wird. Das ist keine Sache von geistreichen Salongesprächen, sondern ein notwendiges Stück politischer Wirklichkeit, die bei uns noch nicht hinreichend verwirklicht ist.

Wie könnte das geschehen? Das Berliner Bürgerkomitee hat es von vornherein nicht darauf angelegt, mit den Inhabern der politischen Macht in Konkurrenz zu treten und ihnen vielleicht das eine oder andere Stück davon wegzuschnappen. Das ist nicht unser Geschäft. Uns liegt daran, die Berliner Kabinettpolitik, in die ja nun mehr und mehr auch die Opposition im Abgeordnetenhaus einbezogen wird, - vielleicht in der Vorwegnahme künftiger Entwicklungen -, wieder zu einer Sache des öffentlichen Bewußtseins zu machen. Wir wollen dazu helfen, die verstaubten Illusionen auszuräumen, mit denen die Szene noch immer vollgestellt ist, und Platz zu schaffen für nüchterne Vorstellungen über das Berlin von morgen. Das wird keine Hauptstadt sein und keine Frontstadt, kein Pfahl im Fleische der DDR und keine Speerspitze gegen irgendjemanden. West-Berlin braucht ein äußerstes Realitätsbewußtsein, um seine Zukunft nicht zu verspielen. Dazu wollen wir beitragen. Zweitens versteht sich das Berliner Bürgerkomitee als Teil einer demokratischen Kontrolle der etablierten Gewalten. Ohne eine solche Kontrolle muß die Demokratie verkümmern. Die Kontrollfunktion der Presse, die von großer Bedeutung für die politische Entwicklung ist, muß in dieser Stadt, in der 70 Prozent der Tageszeitungen aus einem einzigen Verlagshaus kommen, zumindest als erheblich beeinträchtigt angesehen werden. Wir werden diese wichtige Frage nicht aus dem Auge verlieren und auch hier durch sachkundige Untersuchungen zur Aufklärung der Öffentlichkeit beitragen. Weil die publizistische Lage aber so ist, ergibt sich daraus umso dringender die Notwendigkeit, zusätzliche politische Kontrolle auszuüben. Dazu ist jedermann eingeladen, wir haben keinen numerus clausus und keine Angst vor bestimmten Gruppen, am allerwenigsten vor der Jugend. Drittens wollen wir dazu beitragen, den in falscher Weise aufgerissenen Generationskonflikt überwinden zu helfen. Wir verstehen gut, daß die junge Generation kein Genügen darin findet, auf strammen Karrieristenbeinen in eine von den Alten vorbezeichnete Zukunft zu marschieren, sondern daß sie ihre Marschrichtungszahl selber bestimmen möchte. Wir haben allen Anlaß, aufmerksam auf die Jugend hinzuhören und ihre Spontaneität, die den älteren Generationen weitgehend verlorengegangen ist, als eine zukunftssträchtige Kraft zu begreifen."

HARRY RISTOCK: "Wir lassen uns nicht von der Illusion verführen, daß wir eine Politik betreiben können, die die Lebensinteressen einer der Großmächte antastet. Die Veränderung des Status quo, wie sie Kiesinger und Strauß langfristig vorschwebt, verkennt die hier gesetzten Grenzen. Was bleibt, ist eine Politik, die von der Interessenlage der Großmächte ausgeht, die im Grunde nicht auf Expansion, sondern auf Sicherung des Besitzstandes ausgerichtet ist. Innerhalb dieser Grenzen gilt es, auch gegen unendlich viele Widerstände, den Menschen in diesem Land eine Chance zu erschließen, die zu einer Befriedung der ungelösten Probleme in der Mitte Europas führt. Es geht hier um keine "Politik des Appeasements", um kein preisloses Aufgeben von Positionen und keine An-

biederung gegenüber irgend jemand. Es kann aber nicht unsere Aufgabe sein, durch falsches Tun oder Nichttun Krisenherde zu erhalten, um möglicherweise in konventionellen oder atomaren Kriegen gemeinsam unterzugehen.

Daher fordern wir die Verwirklichung folgender politischer Aufgaben:

1. von der Bundesrepublik Deutschland ist die Anerkennung der deutschen Grenzen, die sich im Jahre 1945 als Folge des faschistischen Angriffs auf Europa und die Welt ergeben haben.

In diesem Zusammenhang fordern wir die Annullierung des Münchener Abkommens von Anfang an. Offenbleibende Fragen über die Staatszugehörigkeit ehemaliger Sudetendeutscher sind in Verhandlungen zwischen der Regierung der CSSR, der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR vorher abzuklären.

2. den Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf jedweden Mitbesitz, jedwede Mitverfügung über atomare Waffen.

3. Vereinbarungen mit der DDR zur Lösung innerdeutscher Fragen, wobei die DDR als gleichberechtigter Partner akzeptiert wird.

Zum Status von Berlin erklären wir:

1. Die Präsenz der Siegermächte als Garantiemächte bleibt uneingeschränkt erhalten.

2. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Verflechtung mit der Bundesrepublik ist ebenfalls unabdingbarer Bestandteil der Sicherung Westberlins.

3. Neben die originäre Verantwortung der drei westlichen Siegermächte und der UdSSR übernehmen die Bundesrepublik, die DDR und andere europäische Staaten die Garantie für die unter 1) und 2) festgelegten Essentials.

Nur hierdurch läßt sich auf weite Sicht Berlin materiell und psychologisch lebensfähig erhalten."

WOLFGANG LÜDER: "Wir müssen drei Fragen beantworten: 1. Was heißt das - Anerkennung der DDR? 2. Was bringt das ein? 3. Was wird 'der Osten' anschließend verlangen?"

Zuersten: Anerkennung der Existenz der DDR heißt für mich, zur Kenntnis zu nehmen, daß es auf dem Territorium, das rings um unsere Stadt liegt, einen Staat mit allen von der Staatsrechtslehre verlangten Qualitäten gibt (bekanntlich ist Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kein notwendiger Bestandteil eines Staates, wenn Sie mir gestatten, diese für einen Liberalen harte Erkenntnis so brutal auszudrücken). Wenn ich diese DDR zur Kenntnis nehme, erweise ich dem dort herrschenden Regime keine Reverenz. Ich akzeptiere nur ihre Staatlichkeit. Ich weiß, daß die Zeiten der Zone unwiderruflich vorbei sind. Und ich nehme diese DDR mit allen Konsequenzen zur Kenntnis. Das heißt, daß ich keine Einwände dagegen erhebe, daß dieser Staat auf dem internationalen Parkett seinen Platz erhält.

Das Verhältnis zwischen BRD und DDR allerdings kann, solange die Nation im Völkerrecht noch einen starken Stellenwert hat, aufgrund der besonderen historischen Gegebenheit Deutschlands nicht das Verhältnis zweier ausländischer Fremdstaaten sein. Das sagt ja auch die DDR. Nur sollten wir, bloß weil wir in der DDR kein Ausland sehen, nicht in den Fehler verfallen, uns an die Fiktion der Besatzungszone zu klammern. Vielmehr sollten die Politiker die Juristen beauftragen, neue rechtliche Formen für neue politische Fakten zu suchen...

Die DDR zur Kenntnis zu nehmen heißt also für die BRD, mit ihr von gleich zu gleich zu verkehren, von einem deutschen Staat zum anderen.

Zur zweiten Frage: Was bringt das ein, wenn ich die DDR anerkenne. Zunächst halte ich es allgemein und so auch hier für eine unabdingbare Voraussetzung jeder Politik, von den bestehenden Tatsachen auszugehen. Besonders wichtig ist das bei einer Politik, die die Zukunft dieser exponierten Stadt zu sichern sich bemüht. Ohne eine Übereinkunft mit dem uns umgebenden Staat können wir auf Dauer nicht in Frieden leben...

Wir wissen natürlich alle nicht, ob die Verantwortlichen in der DDR unsere Angebote, die wir nach der Anerkennung unterbreiten können und sollten, akzeptieren. Wir wissen nur, daß wir zu einer langfristig notwendigen Regelung ohne oder gar gegen die DDR nicht kommen.

Und noch eins sollte uns allenbewußt sein: Durch eine Anerkennung der DDR verschlechtern wir den Status unserer Stadt nicht, wir gefährden die Stadt nicht, wir eröffnen nur die Möglichkeit zum Besseren.

Wollten wir in den Bereich der Spekulationen einsteigen, könnten wir uns manche Veränderung in der DDR und im Verhältnis der BRD zu ihr wie auch in den Beziehungen unserer Stadt zu ihr ausmalen.

Und zum dritten: Es ist eine beliebte Frage, was 'der Osten' nach der Anerkennung fordern werde. Ich erwähne diese Frage, weil sie mir häufig gestellt wird. Dabei ist sie grundfalsch: Bei richtiger Betrachtung sind die angeblich immer höher geschraubten Forderungen der DDR jeweils nichts anderes gewesen, als die Forderung nach jeweiliger Anerkennung der jeweiligen Realitäten. Wir können, wenn wir die deutsche Geschichte der letzten 20 Jahre studieren, eben nicht um die Feststellung herumreden, daß sich die DDR von Jahr zu Jahr konsolidiert hat, während man im Westen glaubte, die Wiedervereinigung herbeireden zu können.

Die bundesdeutsche Politik - ich nehme da meine Partei nicht aus - hat versucht, ohne die DDR Politik gegen sie zu machen, und damit noch nicht einmal für sich selbst etwas erreicht. Wir sollten versuchen, Politik für uns zu machen, auch mit der DDR, wo immer es geht."

ERICH MÜLLER-GANGLOFF: "Es ist im vorigen Plenum im Juni an dieser Stelle von Günter Grass eine Parole aufgegriffen worden, an der ich nicht ganz unschuldig bin: das Wort von der Doppel-Konföderation, die als ein erstrebensmögliches Ziel an die Stelle der verlorenen bzw. verspielten Wiedervereinigung treten könne...

Westberlin ist heute das einzige Stück Restdeutschland, das die beiden Nachfolgestaaten des ehemaligen 'Reiches' - notdürftig genug - zusammenhält. Könnte nicht aus diesem kümmerlichen Überbleibsel gegen alle normale Erwartung etwas nach vorne Weisendes entfaltet und gestaltet werden?

Das ist mit Doppelkonföderation gemeint: daß Westberlin zu seinem bundesrepublikanischen Bein, das es nicht vernachlässigen oder gar einbüßen darf, quasi ein DDR-Bein hinzugewinnen sollte, um einigermaßen solide auf zwei Beinen stehen zu lernen.

Gibt es einen Weg dazu? Wir meinen: ja. Wenn nämlich endlich einmal Politik an die Stelle mehr oder weniger schöner Redenträte, wenn in Verhandlungen eingetreten würde, die längst überfällig sind.

Worüber kann verhandelt werden? Über eine sehr handfeste Sache, die bisher als eine theoretische Beliebigkeitsfrage traktiert und versimpelt worden ist: über die Anerkennung - und zwar die völkerrechtliche Anerkennung - der DDR. Diese dürfte uns früher oder später abgenötigt werden, möglicherweise sogar unter sanfter Nachhilfe der westlichen Siegermächte, die ja bereits in der Debatte über die UNO-Siegerklauseln sehr mißdeutbare Auskünfte gaben. Es ist die Frage, ob die Nötigung nicht vielleicht zu einem Zeitpunkt erfolgt, an dem die Anerkennung jeden Wert als Kaufpreis verloren hat. Noch ist sie, meinen wir, etwas wert, ist sie vielleicht sogar eine ganze Menge wert, was allerdings nur in Verhandlungen praktisch ertestet werden kann.

Unser Vorschlag: über Anerkennung der DDR unter der Voraussetzung zu sprechen, daß dafür eine völkerrechtliche und wirtschaftliche Sicherung von Westberlin erkaufte werden kann. Doppelkonföderation könnte mit Verhandlungen über die fehlende Sicherung der Verkehrsverbindungen beginnen und mit Wirtschaftsverhandlungen auf der Basis des innerdeutschen Handels, aber über diesen Ansatz hinauszielend, fortgeführt werden und in einen Vertrag ausmünden, der den Gedanken des Gewaltverzichts in einem reziproken Dreiecksbezug realisiert: Gewaltverzicht unter Einbeziehung verbindlicher Bestandsgarantien der Bundesrepublik für die DDR und der DDR für Westberlin - also jeweils dort, wo Bedrohung bzw. Beängstigung empfunden wird oder konkret besteht. Bestandsgarantien dieser Art könnten, so meinen wir, ein Stück Friedensordnung in unserem unmittelbaren Wirkungsbereich - auf den letzten Schlachtfeldern des Hitlerkrieges sozusagen, anbahnen helfen..."

HEINRICH ALBERTZ: "Lassen Sie mich einige Bemerkungen zur Arbeit des Bürgerkomitees machen. Was ist es, was will es, wie versteht es sich selbst? Wir sind eine kleine Zahl von Mitbürgern - citoyens -, die besorgt sind, die Meinungen austauschen und gelegentlich öffentlich äußern, die miteinander reden und versuchen, dem anderen zuzuhören. Wir sagen jeder unsere eigene Auffassung - eben haben wir es wieder erlebt, wie zum gleichen Thema die Nuancen der Interpretation sichtbar werden, ohne daß in einem

weiten Rahmen - etwa der 6 Punkte zur Zukunft Berlins - jeder den andern auf jedes Wort festlegt. Wir stehen in kirchlichen und weltlichen Gemeinschaften. Am Rande von ihnen, wie manche meinen, falls es solche Ränder gibt, oder mitten drin, oder außerhalb von ihnen. Aber niemals als ihr Ersatz oder als formierte Gegenfront, sondern als Fragende und Nachdenkende, die wissen, wie schwer Entscheidungen für die sind, die in unmittelbarer politischer Verantwortung stehen, oder die als junge Menschen kritisch gegen die bestehende Ordnung anlaufen. Ich weiß, manche ärgern sich über diese Grundeinstellung. Wir müssen diesen Ärger aushalten. In einer Gesellschaft, die sich demokratisch nennt, wird man sich daran gewöhnen müssen, daß manche den Mund auf tun, wann sie es für richtig halten und auch Zeitpunkt und Ort ihrer Äußerungen selbst bestimmen. Das erfordert Liberalität und Toleranz, das erfordert Respekt vor dem Einzelnen und seiner Meinung. Das setzt Formen der Auseinandersetzung voraus, in denen man sich nicht gegenseitig verteufelt.

Am vergangenen Wochenende ist in dieser Stadt der Versuch unternommen worden, diese Auseinandersetzung auch disziplinarisch zu führen. Ich war daran einmal als Richter und einmal als Zeuge beteiligt. Ich kann aus diesen Erfahrungen nur öffentlich feststellen: Solche disziplinarischen Entscheidungen sind kein Mittel, uns weiterzuhelfen. Ich kann insbesondere die Auffassung der Schiedskommission beim Parteivorstand der SPD nicht teilen, daß zwei der Betroffenen durch ihre Teilnahme an der Demonstration vom 18. 2. 68 ihrer Partei Schaden zugefügt haben. Alle Zeugen zur Sache haben dies nicht bestätigt. Ich kann mir immer wieder Situationen vorstellen, wo der eine oder andere von uns Solidarität auch mit Personen und Gruppen in Einzelfragen übt, auch wenn er deren Grundeinstellung nicht billigt. Jene Februartage waren ganz sicher eine solche Situation. Die Schiedskommission hat mit ihrer Entscheidung im Falle Beck und Ristock auch für andere ähnliche Verfahren eine Richtlinie setzen wollen. Das ist ihr gutes Recht. Ich kann diese Richtlinie nicht mitvertreten. Ich habe deshalb mein Mandat in der Schiedskommission mit dem heutigen Tag niedergelegt.

Wichtiger aber ist dies: Ich kann die Vorstände der politischen Parteien, vor allem der, zu der ich gehöre, nur dringend bitten, von Ordnungsmaßnahmen den sparsamsten Gebrauch zu machen. Estreten Zwänge ein, denen sich niemand entziehen kann. Es kommt zu so fragwürdigen Ergebnissen, wie die unter dem Druck eines Verfahrens abgegebene Bedauernserklärung von Betroffenen. Saubere Luft und ein neuer Anfang könnten nur entstehen, wenn man sich entschlösse, unter alle Fälle des Zeitraumes vom 2. Juni 1967 bis Ostern 1968 einen Schlußstrich zu ziehen und wenigstens in der SPD den Rat eines ihrer besten Männer, Gustav Heinemann, zu befolgen: Gnade zu üben und eine Amnestie zu beschließen.

Aber ich greife Dr. Heinemanns Vorschlag für den Bereich der Strafjustiz noch einmal ausdrücklich auf. Etwa 2000 Verfahren stehen im Bundesgebiet einschließlich Westberlins im Zusammenhang mit den Unruhen der letzten 1 1/2 Jahre an. In Berlin allein über 200. Die Berufungsverfahren werden folgen. Wieviel Gift, wieviel hoffnungslose Situationen werden für junge Menschen und für Polizeibeamte entstehen, wenn diese Verfahren nach Jahren hinter uns liegen? Was de Gaulle fertig brachte, soll die Bundesrepublik Deutschland überfordern?

Drittens aber sollten alle gutwilligen Sachverständigen schleunigst an die Reform jener einschlägigen Strafbestimmungen herangehen, die Landfriedensbruch, Aufbruch, Aufruhr, Widerstand gegen die Staatsgewalt beschreiben und unter Strafe stellen. Hier hilft der Polizei, den Staatsanwälten und Richtern nicht die Mahnung, diese Paragraphen durch das Grundgesetz zu interpretieren. Andere Teile des veralteten Strafrechts sind auch für eine Reform überfällig. Aber hier verläuft die Front der nächsten Monate und Jahre.

Ich schließe mit diesem Hinweis: Wir gehen in dieser Stadt immer sichtbarer in die entscheidende Bewährungsprobe. Wir suchen Frieden. Frieden kann nur sein, wenn er im eigenen Hause beginnt. Ein Teil unserer Mitbürger ist offenbar damit beschäftigt, sich gegenseitig umzubringen. Ich fürchte, wir werden manchen noch brauchen, der heute in die Isolierung und Verbitterung getrieben wird. Sie zu durchbrechen, setzt Großzügigkeit, Offenheit, Unabhängigkeit voraus.

Dazu will unser Kreis seinen bescheidenen Beitrag leisten. Das fordert jeden zum Engagement und zu Zivilcourage, zum Bürgersein."

Der Sophie-Charlotte-Club und die Klopstock-Gesellschaft

in Gemeinschaft mit der

Konservativen Gesellschaft,
Berlin, 1950 (E. D.)

beehren sich, ihre Freunde zu einer Feierstunde im
Hotel Behrhus am Sonntag, dem 3. November 1968,
um 16.00 Uhr, ergebenst einzuladen,
die dem Gedächtnis des

**300. Geburtstages Sophie Charlottes,
der ersten Königin von Preußen,**
gewidmet sein soll.

I.

Statt des noch immer nicht ganz erhaltenen Dr. Lütke
hat der Vorsitzende der Konservativen Gesellschaft

Herr Wolfram von Heynitz

den Hauptvortrag übernommen und wird sprechen über

**Sophie Charlotte, die erste Königin
„In“ Preußen!**

II.

„Und“ ihr frühzeitiger Tod!

lautet das Thema des zweiten Redners des Abends,
des Herrn Walther Schwerdtfeger,
eines früheren Schülers von Dr. Lütke aus der
einstigen „Hindenburg Realschule“ zu Charlottenburg.

III.

Frau Gunhild Stappenbeck,
Meister-Cembalistin des Städtischen
Konservatoriums von Berlin

spielt zu Anfang des Programms

die „Sonate B-dur von Benedetto Marcello“
(1686-1739)

und zum Schluß:

„Italienisches Konzert“ von Joh. Seb. Bach
(1685-1750)

während sie für den mittleren Teil des Programms
von den Rednern des Abends auf weitere An-
regungen für andere Teile ihres Repertoires hofft.

Das Bild auf der Rückseite zeigt König Friedrich I.
und den jugendlichen Kronprinzen Friedrich Wilhelm,
nach einer zeitgenössischen Darstellung,
auf der Beisetzungsfier

im Jahre 1705 im alten Berliner Dom.

Kaffeegedeck einschließlich Nebenkosten 5,25 DM

HINWEISE DER REDAKTION

IN ESSLINGEN wurde ein Sozialistischer Club gegründet. Postanschrift: 73 Esslingen, Postfach 21.

ZWEI NEUE SCHALLPLATTEN sind beim Pläne-Verlag (46 Dortmund, Humboldtstraße 12) herausgekommen. Es handelt sich um den Auftakt der "peng-Serie", in der Einzelplatten erscheinen sollen. Wolf Brannasky singt Lieder über Notstand und Mitbestimmung ("Der Mensch ist gut"). Reifer scheinen uns die "Lieder zur Kulturrevolution - Berlin zum Beispiel" von Reiner Rowald, in denen ein Ton angeschlagen wird, der sich von Tucholsky freimacht und trotzdem so gut wie Tucholsky ist.

===== bestellschein =====

EXTRA-DIENST GMBH 1 BERLIN 31 PFALZBURGER STRASSE 20 TEL. 86 21 89

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate, zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland DM 6.00 plus Luftpostzuschlag). Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden. Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Postscheckkonto der EXTRA-Dienst GmbH, Berlin-West, Nr. 8521, oder auf das Konto bei der Bank für Gemeinwirtschaft, 1 Berlin 12, Kontonummer 4712.

NAME:

WOHNORT:

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: